

Resolution Avenir50plus Schweiz

Beschluss der Generalversammlung vom Februar 2026

Rückfragen: H. Joos, 079 821 03 86

Für einen gerechten digitalen Wandel in der Arbeitswelt

Auftrag an Bundesrat und Parlament in Anlehnung an die Resolution des europäischen Parlamentes vom 20. Januar 2026 an die Kommission zur Richtlinie über einen gerechten Übergang in die Arbeitswelt.

- In Erkenntnis, dass Digitalisierung, Automatisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz die Arbeitswelt tiefgreifend verändern und bestehende Berufsbilder, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit unter Druck setzen,
- in der Überzeugung, dass technologischer Fortschritt nur dann dem Gemeinwohl dient, wenn er menschenzentriert, sozial ausgewogen und vorausschauend gestaltet wird
- in Anerkennung der Bedeutung von Qualifikation, Umschulung und sozialer Sicherheit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität der Schweiz,

verlangt von Bundesrat und Parlament:

1. Gesamtstrategie digitaler Wandel und Arbeit

Eine kohärente nationale Strategie zur Gestaltung des digitalen Wandels in der Arbeitswelt auszuarbeiten und umzusetzen, welche u.a.

- a) die Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz auf Branchen, Berufe und Beschäftigungsformen systematisch erfasst,
- b) Risiken für Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsqualität, Datenschutz und Gesundheit der Arbeitnehmenden identifiziert,
- c) konkrete Massnahmen zur Sicherung von Beschäftigung, zur Förderung hochwertiger Arbeit und zur Unterstützung von Übergängen festlegt.

2. Recht auf Qualifikation im digitalen Wandel

Sicherzustellen, dass alle Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden wirksamen Zugang zu **Weiterbildung und Umschulung** erhalten, insbesondere durch

- a) den Abbau von Zeit-, Kosten- und Zugangsbarrieren,
- b) die Förderung digitaler Grundkompetenzen sowie weiterführender digitaler und KI-bezogener Fähigkeiten,
- c) die Anerkennung und bessere Übertragbarkeit von erworbenen Kompetenzen,
- d) gezielte Unterstützung für besonders vom digitalen Wandel betroffene Personengruppen.

3. Vorausschauende Gestaltung von Wandel und Übergängen

Rahmenbedingungen zu schaffen, welche den digitalen Wandel vorausschauend steuern und **Übergänge von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz** erleichtern, insbesondere durch

- a) frühzeitige Analyse struktureller Veränderungen,
- b) koordinierte Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Unterstützungsangebote,
- c) Massnahmen zur Vermeidung unnötiger Arbeitsplatzverluste.

4. Schutz der Arbeitnehmenden in der digitalisierten Arbeitswelt

Den Schutz der Arbeitnehmenden in der digitalisierten Arbeitswelt zu gewährleisten, insbesondere durch

- a) wirksame Begrenzung übermässiger Überwachung und algorithmischer Kontrolle am Arbeitsplatz,
- b) Transparenz und Schutz vor Diskriminierung beim Einsatz digitaler und algorithmischer Systeme,
- c) Berücksichtigung psychosozialer Risiken infolge Digitalisierung,
- d) Sicherstellung einer klaren Trennung von Arbeits- und Ruhezeit auch bei digitalisierten Arbeitsformen.

5. Vorbildfunktion des Bundes

Sicherzustellen, dass der Bund als Arbeitgeber und öffentlicher Auftraggeber den digitalen Wandel vorbildlich gestaltet, indem Digitalisierungs- und KI-Projekte mit guter Arbeit, Qualifizierung und dem Schutz der Arbeitnehmenden vereinbar sind.

6. Umsetzung und Rechenschaft

Dem Volk und den zuständigen staatlichen Organen regelmässig Bericht zu erstatten und die erforderlichen gesetzlichen und politischen Massnahmen zur Umsetzung dieser Resolution zu ergreifen.